

# DIE ZUKUNFT EUROPAS



**INTERVIEW**  
Diversität  
als Erfolgsfaktor

Seite 4



**NIEDERÖSTERREICH**  
Ökonomischer Blick  
auf die nächsten Monate

Seite 10

Österreichische Post AG,  
MZ 03Z034897 M  
Vereinigung der österreichischen Industrie,  
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

# Neue Verpackungsregelungen aus Brüssel – Status quo und Ausblick

Von Zielkonflikten, Kaffeekapselverboten und anderen Unwägbarkeiten.

Die europäische Legislativmaschinerie läuft nach der Sommerpause auf Hochtouren weiter – kaum ein Dossier ist dabei so präsent wie der Kommissionsvorschlag zur Verpackungsverordnung. Aus Sicht der Industrie stehen hier ambitionierte Zielsetzungen praxisfernen bzw. ineffizienten und überdetaillierten Regelungsansätzen gegenüber. Anekdotisches i-Tüpfelchen war hierbei der ursprüngliche Vorschlag, dass u.a. Kaffeekapseln kompostierbar zu sein haben.

Intendierte positive Effekte auf Umwelt und Binnenmarkt werden durch gewisse Bestimmungen des Entwurfs teils gänzlich konterkariert. Wichtig wäre etwa, erstens, Re-Use- und Recyclingansätze sowie unterschiedliche Stoffströme nicht gegeneinander auszuspielen, sondern komplementär unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten zu forcieren, zweitens die Vielzahl von Bestimmungen, die mittels delegierter Rechtsakte konkretisiert werden sollen, in enger Abstimmung mit relevanten Stake-

holdern aus der Industrie zu entwickeln und drittens national gut funktionierende Systeme zur Sammlung von Abfallströmen weiterhin zu ermöglichen.

## Rezente Diskussionen in Parlament und Rat verdeutlichen diese Eckpunkte

Auf Ebene des Europäischen Parlaments haben sich gleich vier Ausschüsse der Verordnung angenommen und im Laufe des Sommers ihre jeweiligen Positionen verhandelt. Die Abstimmung im federführenden Ausschuss (ENVI) ist für den 20. September anberaumt, eine Abstimmung im Plenum könnte darauf folgend im Oktober über die Bühne gehen. Bei Durchsicht der Positionen ergibt sich ein zwiespaltiges Bild: Einerseits gibt es erfreuliche Ansätze zur Verbesserung des Kommissionsvorschlags, wie etwa eine Ausweitung der Teilhabe von Stakeholdern (in einem sogenannten Packaging Forum), Vereinfachungen bei der Berechnung von Leerräumen bei Transportverpackungen sowie die Einschränkung der Gestaltungsmacht der Kommission durch die Festsetzung von

Fristen und längere Übergangszeiten für delegierte Rechtsakte. Andererseits werden erfolgreiche bestehende Systeme, wie etwa in Österreich seit vielen Jahren etabliert, zu wenig berücksichtigt.

Die Verhandlungen der Mitgliedstaaten im Rat gehen hingegen weniger zügig voran. Die derzeit amtierende spanische Ratspräsidentschaft scheint das Dossier nicht zu ihren Prioritäten zu zählen, und so bleibt unklar, wann mit einer Ratsposition und somit einem Abschluss des Prozesses gerechnet werden kann.

Zumindest eines scheint jedoch bereits festzustehen: Aluminiumkapseln für den Kaffee bleiben uns erhalten, da sowohl im Parlament als auch im Rat die entsprechende Bestimmung aus dem Kommissionsvorschlag entfernt wurde.



## Neue Bereichsleiter in der Industriellenvereinigung



### GUDRUN FEUCHT

Mit 1. Oktober wird Gudrun Feucht Leiterin des Bereichs Bildung und Gesellschaft. Gudrun Feucht ist seit 2013 in der Industriellenvereinigung tätig und verantwortet inhaltlich unter anderem die Schwerpunkte Hochschulbildung und berufliche Bildung. Sie ist Geschäftsführerin des Ausschusses für Bildungspolitik und seit 2018 stellvertretende Bereichsleiterin. Sie übernimmt die Bereichsleitung von Christian Friesl, der sich künftig konzeptionellen Aufgaben und Projekten im IV-Generalsekretariat widmet.

### IGOR SEKARDI

Die Leitung des Bereichs Internationale Beziehungen & Märkte (IBM) hat mit 1. September Igor Sekardi übernommen. Sekardi hat im Dezember 2013 im Rahmen des Traineeprogramms bei der IV begonnen und ist seit 2015 als Experte im Bereich IBM tätig. Seit dem Jahr 2020 hatte er die Funktion des stellvertretenden Bereichsleiters inne. Er übernimmt die Bereichsleitung von Michael Löwy, der nach 20 Jahren in der IV in die Privatwirtschaft wechselt.



# IV-INTERN

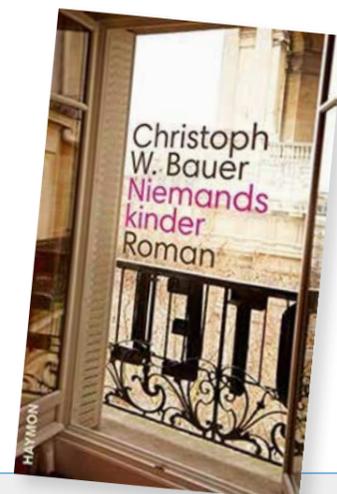
## Anton-Wildgans-Preis verliehen

Der renommierte Literaturpreis der Industrie ging heuer an einen gebürtigen Kärntner, der sich literarisch im Grenzbereich zwischen Historiografie und Fiktion bewegt.

Im Haus der Industrie überreichte IV-Generalsekretär Christoph Neumayer Mitte September den renommierten „Literaturpreis der Österreichischen Industrie – Anton Wildgans“. Die von der österreichischen Industrie gestiftete und mit 15.000 Euro dotierte Auszeichnung ging heuer an den Schriftsteller Christoph W. Bauer. Der gebürtige Kärntner lebt heute in Innsbruck und ist in nahezu allen literarischen Genres zu Hause.

„In seinen Prosaarbeiten, die vielfach im Grenzbereich zwischen Historiografie und Fiktion angesiedelt sind, dominieren Geschichten, die er im Alphabet ramponierter oder auch längst verschwundener Häuser ermittelt, sei es in Saint-Denis, sei es in Innsbruck-St. Nikolaus. Und in seinen Gedichten setzt Christoph W. Bauer mit seiner ganz

eigenen Stimme souverän alle nur denkbaren lyrischen Formen ein, um in einer schier endlosen Kette von intertextuellen Bezügen, die von Homer und Catull über Dante, Villon und Borges bis zum Punkrock reichen, immer von Neuem auf ein Spiel mit Möglichkeiten zuzusteuern, das ganz wenig übrig hat für scheinbar unverrückbare Gegebenheiten“, begründete die Jury die Entscheidung für die diesjährige Preisvergabe.



### VERLOSUNG

„iv-positionen“ verlost drei signierte Exemplare von Christoph W. Bauers „Niemandes Kinder“ (2019). Um an der Verlosung teilzunehmen, schreiben Sie bitte ein E-Mail an [positionen@iv.at](mailto:positionen@iv.at)

# Lasst uns über die Zukunft, nicht immer über neue Steuern reden!

Wie schaffen wir es, dass sich mehr Menschen in Österreich Vermögen aufbauen können; dass hierzulande mehr Wertschöpfung entsteht? Darüber sollten wir reden, und nicht über die Einführung weiterer Steuern, die in Europa aus gutem Grund keine Rolle mehr spielen.



Eines der beschwichtigend gemeinten Argumente der Vermögenssteuerbefürworter in der populistischen Debatte ist besonders verräterisch: Eine Steuer auf hohe Vermögen würde in Österreich ohnehin nur sehr wenige Menschen treffen, suggerieren Teile des politischen Spektrums. Das ist keine gute Nachricht, ganz im Gegenteil: Es ist das Ergebnis einer Politik, die es besonders schwer macht, sich aus der Kraft eigener Anstrengung und Arbeit etwas aufzubauen. Und es ist ein Alarmsignal für Unternehmen und deren Eigentümer – denn offensichtlich muss man dann bei ihnen „zugreifen“, um Einnahmen zu lukrieren.

Österreich hat schon heute ein wenig leistungsfreundliches Steuersystem, das in allen Lebenslagen Abgaben vorsieht und den Faktor Arbeit hoch belastet. Das hat naturgemäß auch Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts, für die die Lohnkosten ein wichtiger Faktor sind. In diesem Umfeld ist es herausfordernd, internationale Talente für Österreich zu gewinnen und so dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken.

Vor diesem Hintergrund ist natürlich jede Debatte um neue Steuern eine absurde Themenverfehlung. Österreich ist bereits jetzt unbestritten ein Hochsteuerland. Die Abgabenquote ist mit 43,5 Prozent die

viertehöchste in der EU. Gleichzeitig gibt es bereits zahlreiche vermögensbezogene Steuern und Abgaben auf Kapital und Luxus, die mit rund 41,5 Milliarden Euro ein Fünftel des gesamten Steueraufkommens einbringen – darunter die Kapitalertragsteuer, die Gewinne aus Wertpapieren mit satten 27,5 Prozent belastet und bei der Abschaffung der Vermögensteuer 1993 als Ausgleich eingeführt wurde.

Unter dem Strich heißt das: Vermögen wird in Österreich bereits besteuert, und zwar dann, wenn es geschaffen wird, sozusagen direkt an der Quelle, und nicht zu knapp. Wenn wir da noch nachlegen, dann riskieren wir nicht nur, für neue, talentierte Arbeitskräfte aus dem Ausland unattraktiv zu sein, sondern dringend benötigte, hoch qualifizierte Fachkräfte zu verlieren, die bereits hier sind. Auch Ausweichbewegungen des Kapitals sind bei der Einführung solcher Steuern hinreichend mit internationalen Beispielen belegt. Dass das eine bittere Pille für den Standort wäre, weil Kapital dann anderenorts investiert wird, liegt auf der Hand. Im europäischen Vergleich ist die Vermögenssteuer kein Zukunftskonzept, sondern ein Auslaufmodell: Österreich hat sie 1994 eingemottet, Deutschland 1997, die Niederlande 2001, Finnland und Luxemburg 2008 und Schweden 2009. Retro-Steuerpolitik liefert keinerlei brauchbare Antwort auf die vielfältigen

Herausforderungen, vor denen wir als Gesellschaft und Wirtschaft stehen.

PS: Wer übrigens glaubt, dass jene, die für die Vermögens- und Abgabensteuer Sturm laufen, diese Einnahmen dann für die Senkung der Steuern auf Arbeit verwenden würden, dem kann und muss dieser naive Glaube genommen werden – denn die Vermögenssteuerapologeten sind genau jene, die in den vergangenen Jahrzehnten eindrucksvoll bewiesen haben, dass Zusatzeinnahmen sofort wieder ausgegeben werden, ohne Steuern in anderen Bereichen zu senken.

Ihr

Christoph Neumayer,  
IV-Generalsekretär

IV-MEINUNG

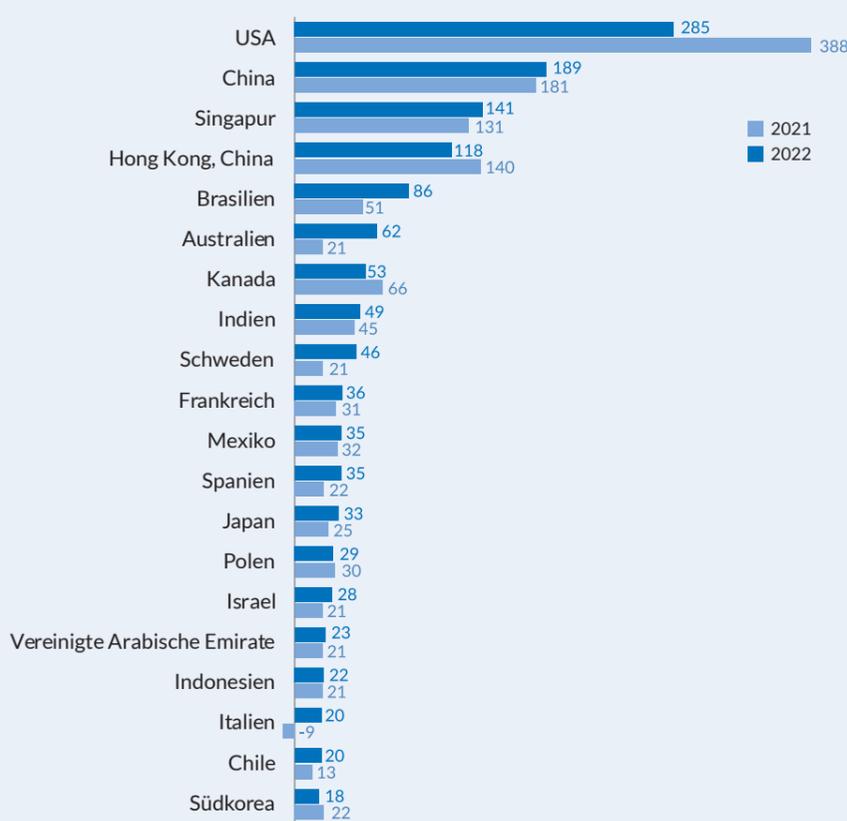
Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 8. September war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: [www.iv.at](http://www.iv.at).

## AKTUELLES IN KÜRZE

### GRAFIK DES MONATS

Europa fällt als Zielregion für Investitionen im internationalen Vergleich weiter zurück. Weltweit gingen die ausländischen Direktinvestitionen 2022 um zwölf Prozent auf 1,3 Billionen Dollar zurück, wie aus dem diesjährigen World Investment Report der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) hervorgeht. Verantwortlich für den Rückgang waren vor allem Europa und die USA; am meisten wurde hingegen in China (mit Hongkong) investiert. In den Entwicklungsländern stiegen die ausländischen Direktinvestitionen um vier Prozent auf 916 Milliarden Dollar, was mehr als 70 Prozent der weltweiten Ströme entspricht und einen Rekordanteil darstellt. Insgesamt zeigen die Entwicklungen einmal mehr, dass Europa in seiner Wettbewerbsfähigkeit zurückfällt und daher aus Sicht der IV dringend an seiner Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen arbeiten sollte – allen voran an der Bekämpfung der hohen Inflation, der hohen Energiepreise und der angespannten Lage am Arbeitsmarkt. Für europäische Produzenten sollten weltweit Handelshürden abgebaut werden (Stichwort EU-Mercosur-Abkommen) – und es braucht mehr Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation.

### Ausländische Direktinvestitionen in Milliarden Dollar



### ZAHLE DES MONATS

# 26 Euro

Österreich ist seit 2018 durch die Strompreiszonentrennung zu Deutschland phasenweise vom deutschen Markt entkoppelt, das bedeutet: Sind die Kapazitäten erreicht, muss Österreich Strom aus oftmals teureren Quellen beziehen. Das hat dazu geführt, dass der Strompreis in Österreich 2022 durchschnittlich um 26 Euro pro Megawattstunde höher lag als in Deutschland. Daraus ergibt sich eine zusätzliche Belastung von über einer Milliarde Euro für heimische Verbraucher.

Lösungen für dieses Problem sind der beschleunigte Ausbau von Erzeugungsanlagen und vor allem der Netzinfrastruktur, national wie europäisch. Physische Engpässe müssen behoben werden, um den Strombinnenmarkt zu vollenden.

# „Diversität wesentlich für die Wettbewerbsfähigkeit“

Anlässlich des Starts eines Diversitätspreises der Industriellenvereinigung sprechen Infineon-Austria-CEO Sabine Herlitschka und Greiner-CEO Axel Kühner über die Chancen und Herausforderungen von Diversität in Unternehmen.

## Mehrere Studien belegen einen Zusammenhang zwischen Diversität und Geschäftserfolg. Sehen Sie das auch in Ihrem Unternehmen?

Sabine Herlitschka: Wir sehen das in unseren Unternehmen, aber vor allem sieht man das schon seit Jahren in Studien und ich bin es gewohnt, evidenzbasiert zu arbeiten. Heute weiß man, dass Wettbewerbsfähigkeit sehr wesentlich durch Diversität unterstützt wird. Warum? Wir arbeiten in der Mikroelektronik an sehr komplexen Fragestellungen; je unterschiedlicher die Leute sind, die darauf schauen – egal ob in Geschlecht, Nationalität, Kultur oder Alter –, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, zu besseren Lösungen zu kommen.

## Neben den vielen Vorteilen gibt es sicher auch Herausforderungen, die mehr Vielfalt in Teams mit sich bringt?

Axel Kühner: Wenn man unterschiedlich ist, gibt es immer Diskussionen, und die tun manchmal auch weh. Am Ende sind diese Diskussionen aber gut; das gilt auch im privaten Umfeld. Es braucht manchmal eine Diskussion und unterschiedliche Sichtweisen, um weiterzukommen. Wenn man unterschiedliche Meinungen hat, muss man Dinge erst diskutieren, bevor es losgeht, aber genau das macht es wertvoll.

Herlitschka: Diversität kommt nicht von alleine. Diversität ist Arbeit, da hat Axel

Kühner recht. Es braucht Zeit, es braucht Verständnis, man muss zuhören können. Gleichzeitig beobachte ich aber, dass wir im Vorfeld von Entscheidungen so viel diskutieren und hinterfragen, dass die Entscheidung danach nichts mehr aus der Bahn bringt. Am Anfang dauert es also etwas länger, dafür ist man später viel schneller, weil man ganz viele Aspekte durchdacht hat und damit perfekt vorbereitet ist.

## Den Studien zufolge macht Diversität im Topmanagement den größten Unterschied. In Österreich sind die Führungsetagen in großen Unternehmen noch sehr männlich geprägt. Warum ändert sich das so langsam und wie kann man das fördern?

Kühner: Was sind normalerweise die Voraussetzungen, die es braucht, um ins Topmanagement zu kommen? Die Erfahrung ist dabei wichtig. Wenn es aber wenige Frauen gibt, die diese Art von Karrieren machen können, ist es auch schwieriger, Frauen mit einer vergleichbaren Berufserfahrung zu finden. Man muss also bereit sein, diese Wege sehr früh zu fördern und auf der anderen Seite bei der Auswahl auch andere Kriterien anzusetzen. Wenn man bereit ist, die eigenen Kriterien und Profile aufzubrechen, wird es einfacher.

Herlitschka: Von den 56 börsennotierten Unternehmen in Österreich haben wir knapp 200 Vorständinnen und Vorstände,



davon sind nur 17 Frauen. Von diesen 17 sind fünf CFOs und vier CEOs. Das ist heute der Stand in Österreich. Es gibt gute Frauen. Interessant ist, dass diese Frauen bei der Einführung einer Quote auf einmal viel leichter gefunden werden. Ich finde die Quote in Aufsichtsräten gut, in Vorständen aber nicht. Es braucht auch ein starkes unternehmerisches Element. Es muss im Interesse des Unternehmenserfolgs sein, mehr Diversität in den Vorstand zu bringen.

Kühner: Wenn wir neue Technologien fördern wollen, ist es normal, das mit politischer Unterstützung zu machen. Die Energiewende wird auch durch politisch gesteuerte Förderungen angetrieben. Wenn das Ziel das richtige ist, muss man solche Eingriffe manchmal akzeptieren.

## Abseits des Geschäftserfolgs – tragen Unternehmen auch eine Verantwortung, die gesellschaftliche Vielfalt abzubilden?

Kühner: Wir alle sind ein integrativer Teil der Gesellschaft und übernehmen damit einen Teil der Verantwortung. Das kommt in Diskussionen oft zu kurz. Es wird dann von „der Wirtschaft“ gesprochen, als wäre das etwas Abstraktes. Wer ist denn nicht Teil der Wirtschaft? Damit sind wir auch mitten in der Gesellschaft und haben Verantwortung, weil viele Menschen in unseren Betrieben arbeiten.

Herlitschka: Genauso ist es, und ich möchte das unterstreichen: Es ist ungesund, wenn Gesellschaft und Wirtschaft immer als etwas Getrenntes betrachtet werden. Wenn die Zeiten anspruchsvoller werden, sieht man das deutlich. In der Pandemie waren Unternehmen oft wichtige Referenzpunkte, weil wir für und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort sind. Wir haben viel Übersetzungsarbeit gemacht, was die Regeln angeht. Wir geben das Beispiel, wie zeitgemäßes Arbeiten und Leben – man lebt auch während der Arbeit – aussehen kann.

## Tue Gutes und sprich darüber – worauf sollte man bei der Kommunikation von Diversitätsstrategien und -erfolgen achten, um Vorwürfe des „Purplewashings“ zu vermeiden?

Herlitschka: Man sollte die Dinge, die man tut, auch zeigen. Es ist wichtig, nicht nur kompliziert über das Thema zu reden, sondern Rollenmodelle zu schaffen. Es gab eine gewisse Mode, über Diversität zu sprechen; heute sind wir in einer Phase, in der es darum geht, die Dinge auch zu zeigen. Genau deshalb haben wir als Industriellenvereinigung einen Diversitätspreis ins Leben gerufen. Ich freue mich auch, dass Axel Kühner und ich gemeinsam dafür stehen – auch das ist Diversität; nicht nur aufgrund des Geschlechts, wir bringen viel Unterschiedlichkeit an den Tisch. Der Industrie wird manchmal vorgeworfen, zu verpöft und traditionell zu sein. Das sind wir nicht. Genau das wollen wir mit dem Diversitätspreis zeigen.

Kühner: In der Kommunikation ist es immer wichtig, dass man transparent ist. Man darf nicht so tun, als gäbe es die dunklen Seiten nicht. Dort, wo wir Defizite haben, muss man sie auch ansprechen. Dennoch ist es sehr wichtig, zu zeigen, dass es bei uns so viele Unternehmerinnen und Unternehmer gibt, die etwas Positives tun und damit Veränderung bewirken. Der Diversitätspreis soll auch zeigen, dass es sich lohnt, mutig zu sein und es anders zu machen.



## INFORMATION

Der IV-Diversitätspreis „Spektrum“ wird heuer zum ersten Mal an Industrieunternehmen vergeben, die sich besonders für Diversität im Betrieb einsetzen.

# Startup-Experte: „Politik muss die Freiheitsgrade schaffen“

Die TU München zählt dank des Startup- und Spin-off-Hubs „UnternehmerTUM“ zu den führenden Zentren für Gründung und Innovation in Europa.

**„UnternehmerTUM“ gilt als Best Practice für universitäre Innovations- und Gründungszentren. Was ist Ihr Erfolgsrezept?**

Philipp Gerbert: Die Ingredienzien des Erfolgs waren passionierte Personen, allen voran CEO Helmut Schönenberger, eine stetig erstarrende ‚unternehmerische‘ TU München, eine unbeeinträchtigte Gesellschafterin, Susanne Klatten, und die Schaffung eines eng vernetzten Ökosystems aus Forschung, Gründern, Unternehmern, Kapital und Politik und – last, but not least – eine attraktive Stadt, denn die Gründer müssen ja auch bleiben. Ich würde es nicht als ‚Rezept‘ bezeichnen; manches ist ‚Serendipity‘. Daher muss auch jede Region ihre eigenen Stärken suchen respektive bauen.

**Die „UnternehmerTUM“ bietet ein breites Angebot für Ausgründungen aus der TU München an. Was waren die Beweggründe, darüber hinaus gezielt themenspezifische Venture Labs mit der TU und Industriepartnern einzurichten?**

Die TUM Venture Labs zielen auf die Stärkung von Deep- Tech- und Life- Sciences-Gründungen. Hierzu braucht man eine starke

Infrastruktur – deshalb sind wir noch stärker in die TUM integriert. Zudem muss man Entrepreneurship mit domänenspezifischen Markt- und Technologiekenntnissen verbinden – deshalb haben wir Managing-Direktoren, welche von Aerospace bis Food-Agro, von Quantum bis Robotik, von Energy bis Healthcare und mehr diese drei Komponenten vereinen, und viel Unterstützung aus der Industrie. Das Einzigartige ist jedoch: Es ist keine Ansammlung isolierter Labs, sondern eine integrierte Organisation. Damit werden etwa Additive Manufacturing in Aerospace, Food oder im Bau, Quantum Sensing in der Chemie, Robotik und AI in Healthcare, in meiner Sicht die Hotspots der Innovation, optimal unterstützt.

**Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, die Anzahl der Gründungen von universitären Spin-offs bis 2030 zu verdoppeln. Was braucht es aus Ihrer Sicht, damit mehr Deep-Tech-Spin-offs entstehen?**

Die Universität muss voll dahinterstehen, es sollten unbedingt private Unternehmer und weitere Unterstützer gefunden werden, und

**ZUR PERSON**

Philipp Gerbert ist Geschäftsführer der TUM Venture Labs, eines Joint Ventures von Technischer Universität München und „UnternehmerTUM“, und Beirat von appliedAI. Davor war er 15 Jahre lang BCG Senior Partner.



die Politik muss die Freiheitsgrade schaffen und fallweise bei der Anfangsfinanzierung unterstützen.

**Sie sind Quantenphysiker, Experte in Energietechnologien beziehungsweise Climate Action und zugleich Beirat von appliedAI – drei Technologiefelder in unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Wie kann Europa in Schlüsseltechnologien der Zukunft erfolgreich sein?**

Die Politik kann drei Dinge machen. First, do no harm: Die angstgetriebene Regulierungswut der EU, von Biotech bis AI, treibt immer noch einen Teil unserer besten Gründer in die USA. Zweitens: Unterstützung

von Gründerzentren-Hubs – dies ist ein Hub & Spoke Business –, möglichst jenseits des „staatlichen Bereichs“. Zudem: Auftreten als Käufer für Prototypen in strategischen Feldern, etwa Aerospace oder Energy, wie die USA es tun. Drittens: Auf der Kapitalseite würden Investmentmöglichkeiten von Pensionsfonds und eine bessere Behandlung von Mitarbeiterbeteiligungen helfen.

**Eine zentrale Rolle bei der Kommerzialisierung von Zukunftstechnologien spielt die Verfügbarkeit von Risikokapital. Wie sehen Sie hier die Rolle der europäischen Industrie?**

Die wichtigste Rolle der Industrie ist, sich mit mehr Chancenfreude bei Aufträgen an Startups zu engagieren, Gründerzentren und Inkubatoren zu unterstützen und sich als Mentoren und Partner zu engagieren – ein starkes Ökosystem hilft allen. Auf der Kapitalseite sehe ich eher Risikokapital und Einzelpersonen, meist erfolgreiche Unternehmer; Firmen sind traditionell keine guten Finanzinvestoren.



**WEBTIPP**

Weitere Informationen finden Sie unter: [www.tum-venture-labs.de](http://www.tum-venture-labs.de)

**EVENT-TIPP**

**IV-Forum Digitale Transformation**

Am 24. Oktober findet das 3. IV-Forum Digitale Transformation im Haus der Industrie in Wien statt. Im Rahmen der jährlichen IV-Digitalisierungsveranstaltung diskutieren nationale und internationale Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zu „Künstliche Intelligenz und rechtliche Rahmenbedingungen“ sowie „Manufacturing-X und Daten“. Thematisiert werden dabei u. a. die stark ansteigenden Möglichkeiten von KI-Lösungen für die Industrie, die zunehmende Regulatorik durch den AI Act der Europäischen Union sowie die Wertschöpfungspotenziale der Datennutzung und welche Rolle Initiativen wie Manufacturing-X dabei zukommt.



# EUROPA AM WENDEPUNKT

Das geopolitische Machtgefüge der Welt verändert sich – Europa muss sich auf seine Stärken besinnen, wenn es eine wichtige Rolle im neuen Spiel der Mächte einnehmen will.

Europa muss sich seiner Stärken besinnen und sie ausbauen, wenn es in einer neuen multipolaren Welt eine Rolle spielen will. Die Weltordnung ändert sich in schnellen Schritten: Kooperationspartner wie die BRICS-Staaten-gemeinschaft eint trotz aller Unterschiede der Gedanke, ein Gegenmodell zum Westen etablieren zu wollen. Freiheit und Demokratie haben in einigen dieser Länder kein Monopol auf wirtschaftliche Erfolgsgeschichten, das bringt das Wohlstandsnarrativ der EU und befreundeter Demokratien unter Druck. Neben diesem Rütteln an den gesellschaftlichen Grundfesten des alten Kontinents bringen die Verschiebungen in der Weltordnung Lieferketten ins Wanken und wirtschaftspolitische Herausforderungen bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie,

Rohstoff-Muskelspiele geht: Mit August hat das Land die Ausfuhr von Gallium und Germanium beschränkt, diese Mineralien sind für die Halbleiter-, Telekommunikations- und Elektrofahrzeugindustrie von entscheidender Bedeutung. Die EU bezieht 71 Prozent ihres Galliums und 45 Prozent ihres Germaniums aus China.

Die Kontrolle kritischer Versorgungsketten könnte in Zukunft immer öfter genutzt werden, um politische – oder vielleicht sogar militärische – Ziele durchzusetzen. Um dem nicht hilflos ausgeliefert zu sein, braucht die EU aus Sicht der Industrie dringend mehr Tempo beim Abschluss und der Stärkung internationaler Handelsallianzen. Das betrifft das Abkommen mit den südamerikanischen Mercosur-Ländern, aber auch Partnerschaf-

**„Es gibt unzählige eindrucksvolle Beispiele für wissenschaftliche Errungenschaften, die einen großen wirtschaftlichen Wert generieren; ein eindeutiger Beleg dafür, dass Europa zu Recht weiterhin in bahnbrechende Forschung investiert, um wettbewerbsfähig zu bleiben.“**

Maria Leptin, Präsidentin European Research Council, am Salzburg Summit

die die Basis des Wohlstands in Europa ist. „iv-positionen“ beleuchtet drei Stärkefelder, auf die Europa die Scheinwerfer seiner Aufmerksamkeit richten sollte, um wieder eine wichtige Rolle auf der globalen Bühne einnehmen zu können.

## Strategische Autonomie und starke Partner

In der grünen und digitalen Doppeltransformation liegen – richtig gemacht – für Europa große Chancen; hier kann der Kontinent mit Stärken punkten. Für die Umsetzung und den „laufenden Betrieb“ der transformierten Wirtschaft und Infrastruktur braucht es jedoch Rohstoffe und Komponenten aus anderen Weltregionen. Die Gefahr dabei liegt in einseitigen Abhängigkeiten von einzelnen oder wenigen Lieferanten – das musste die EU und insbesondere auch Österreich bei Russland als Erdgaslieferant schmerzhaft lernen. China zögert nicht, wenn es um

ten wie beispielsweise mit Australien, das derzeit sein gesamtes Lithium nach China exportiert und intensiv an der Herausforderung der Rohstoffweiterverarbeitung arbeitet, um das ändern zu können. Für Europa muss das Ziel eine strategische Autonomie sein, die ausreichend Handlungsspielraum lässt, wenn ein Glied in der Kette wegbreicht. Ein weiterer wichtiger Punkt ist es, bestehende Abhängigkeiten nicht einseitig werden zu lassen – während Europa bei Halbleitern auf Taiwan und andere asiatische Länder angewiesen ist, entstehen aus diesen Halbleitern europäische Mikrochips, die für die grüne

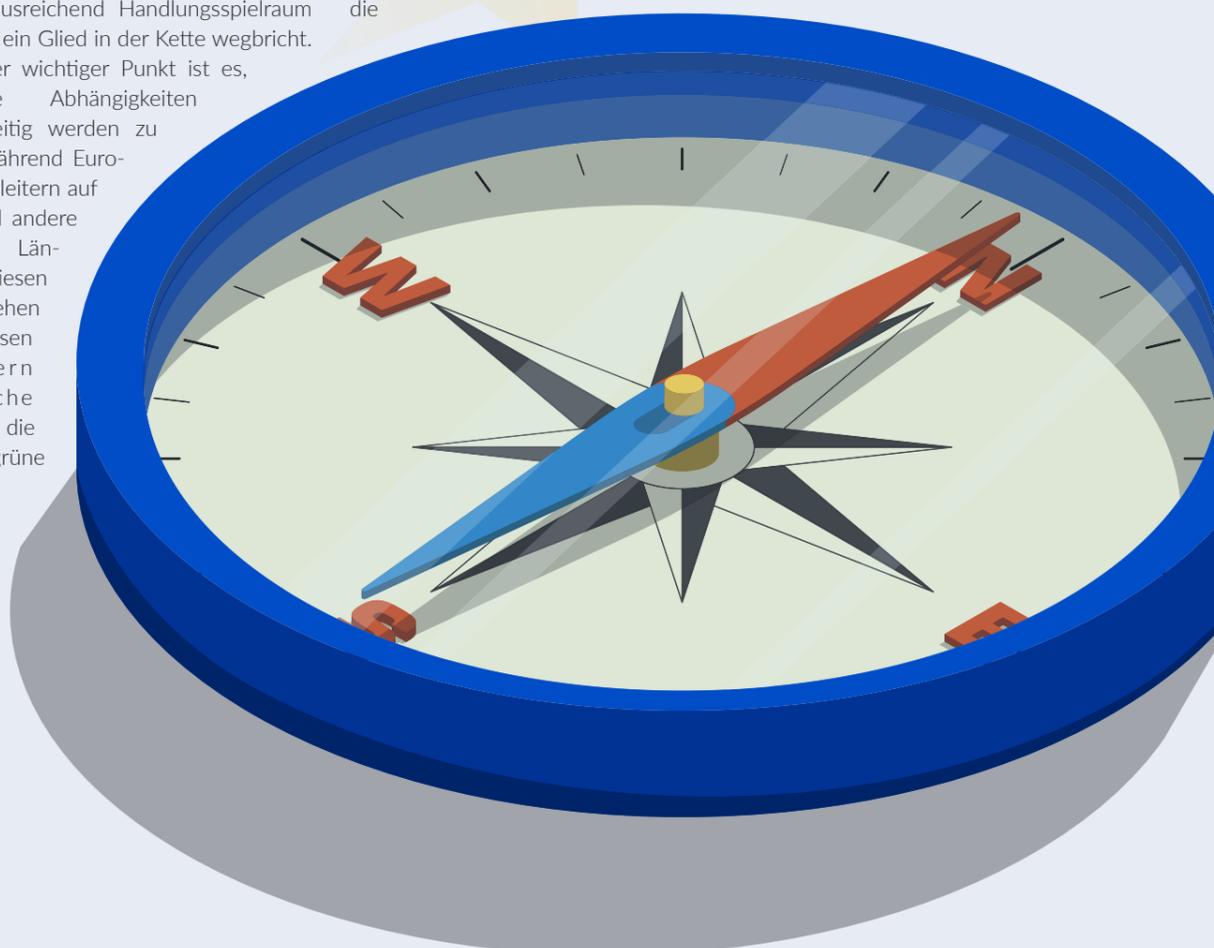
**„Europa steht vor einem Wendepunkt – wird die EU ein globales Vorbild werden oder ein Mitläufer bleiben? Es ist wichtig, Europa wieder zu einem attraktiven Standort für Investitionen zu machen. Deshalb brauchen wir eine aktive europäische Industriepolitik, die auf die aktuellen Realitäten antwortet.“**

IV-Präsident Georg Knill am Salzburg Summit.

Transformation auf der ganzen Welt essenziell sind; Mikrochips, die auch in Österreich produziert werden.

## Innovation und Technologien

Es war einst die technologische Innovationskraft, die Europa im 19. Jahrhundert eine stürmische Industrialisierung brachte und dem vergleichsweise rohstoffarmen Kontinent damit eine globale Führungsrolle sicherte. Das war der Anfang einer großen europäischen Erfolgsgeschichte, mittlerweile jedoch dominieren andere Länder das Rennen um die technologische Vorherrschaft – allen voran die USA und China. Angesichts geopolitischer Dynamiken, unsicherer Lieferketten und zentraler Herausforderungen wie der grünen und digitalen Transformation ist es höchste Zeit, die vorhandenen Stärken Europas in Forschung, Technologie und Innovation klar auszubauen. Dabei gilt es, Innovationen aus der Grundlagenforschung konsequent in global erfolgreiche Produkte und Dienstleistungen umzuwandeln. „Die Schlüsseltechnologien der Zukunft sichern die technologische Souveränität und damit die Wettbewerbsfähigkeit Europas und Österreichs. Dabei sind die Forcierung der Zusammenarbeit in Ökosystemen aus Wissenschaft, Startups und Industrie sowie der Ausbau des Risikokapitalmarkts entscheidende Faktoren“, so die



zentrale Botschaft der Content Session des Vereins zur Förderung von Forschung und Innovation (VFI) und der IV im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach.

In der Grundlagenforschung ist Europa bei anspruchsvollen Technologien wie Quantencomputing und der Krebsimmuntherapie gut aufgestellt, dann fehle es aber an Fachkräften und langfristiger Finanzierung zur Weiterentwicklung und Kommerzialisierung, waren sich die Diskutantinnen und Diskutanten einig. Gerade für forschungsintensive Innovationen im Deep-Tech-Bereich braucht es einen langen Atem bei der Finanzierung – ein Punkt, in dem andere Weltregionen besser sind. „Daher müssen wir in Österreich und Europa unsere Anstrengungen erhöhen und mutig investieren, um technologieintensive Innovationen rascher und zielgerichteter in den globalen Markt zu bringen. Wir brauchen hier langfristige Strategien und klare Zielbilder auf nationaler wie auf EU-Ebene“, betont IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

„Um unsere Leit- und Zukunftsbranchen zu stärken und auszubauen, müssen wir die Technologiepolitik auch europäisch denken, europäische Initiativen für Schlüsseltechnologien gezielt nutzen und dafür Weichen im nationalen Herbst-Budget stellen“, so IV-Präsident Georg Knill bei einem Round Table zwischen Industrie und Politik anlässlich der Europe in the World Days in Alpbach. Das betrifft insbesondere europäische Initiativen wie den EU-Chips-Act, der F&E wie Investitionen umfasst, IPCEI und die Beteiligung an ESA-Wahlprogrammen. Ebenso müssen die FFG-Basisprogramme mit ihrer hohen Radarfunktion ausgebaut werden, um die erhöhte Nachfrage durch Transformationsprojekte zu decken. Auch braucht Österreich starke KI-Ökosysteme aus Wissenschaft und Wirtschaft, um die Potenziale zahlreicher Anwendungsfelder der künstlichen Intelligenz gezielt für den österreichischen Produktionsstandort zu nützen.

### Qualifizierte Fachkräfte

Für die Absicherung einer gewissen strategischen Autonomie und der Weiterentwicklung und Kommerzialisierung von Innovationen braucht Europa vor allem eines: qualifizierte Fachkräfte. Allein in Österreich fehlen beispielsweise 40.000 MINT-Talente, und in wenigen Jahren kommen nochmals knapp 60.000 offene Stellen allein in den Schlüsseltechnologien dazu. Da die Bevölkerung schrumpft und in ihrer Struktur älter wird, ist einer der Schlüssel in diesem Bereich Migration. Bisher taugt diese in Europa zwar, den demografischen Wandel auszugleichen, sie bietet aber nur in einzelnen Ländern Linderung für die angespannte Lage am Arbeitsmarkt. Grund dafür ist unter anderem das niedrige Bildungsniveau von Flüchtlingen. Ein Schlaglicht auf das Problem wirft der jährliche Integrationsbericht für Österreich, der im August wieder präsentiert wurde: 70 Prozent jener Flüchtlinge, die im Jahr 2022 den Status als Asyl- oder subsidiär Schutzberechtigte erhielten und an einem Deutschkurs des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) teilgenommen haben, mussten einen Alphabetisierungskurs besuchen. Die Hälfte davon konnte nicht einmal in der eigenen Muttersprache lesen und schreiben. Auf Menschen mit guter Ausbildung üben Europa und Österreich eine geringere Anziehungskraft aus.

Die Probleme sind bekannt; sei es die Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse, die lange Genehmigungsdauer, die Notwendigkeit sprachlicher Nachweise, auch für Berufe, in denen Englisch gesprochen wird, oder die hohe steuerliche Belastung des Faktors Arbeit und die damit einhergehenden im internationalen Vergleich niedrigeren Nettolöhne. Im Rennen um internationale Fachkräfte in Wirtschaft und Wissenschaft geht es nicht nur um das Thema „EU gegen den Rest der Welt“ – auch innerhalb Europas verschärft sich der Wettbewerb und die Voraussetzungen sind ungleich verteilt. Der OECD-Index „Indicators

of Talent Attractiveness“ umfasst verschiedene Faktoren, die für qualifizierte Migranten bedeutsam sind, und zeigt, dass Österreich vergleichsweise wenig attraktiv ist: Im Ranking landet Österreich auf Platz 26 von 38 Industrieländern. Angeführt wird die Liste von Neuseeland, Schweden und der Schweiz; Deutschland landet auf Platz 15. Gründe für das schlechte Abschneiden Österreichs sind laut Auswertung vor allem die hohe Ablehnungsquote von Visaanträgen, die eher geringe gesellschaftliche Akzeptanz bzw. die häufige Beschäftigung unter dem

**„Es gibt keine strategische Autonomie ohne Offenheit und keine wirtschaftliche Sicherheit ohne Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Eine ehrgeizige Handelspolitik ist von grundlegender Bedeutung, um geopolitische Risiken zu mindern und die wirtschaftliche Sicherheit und Widerstandsfähigkeit Europas durch Marktdiversifizierung zu erhöhen.“**

Markus Beyrer, Director General BusinessEurope, am Salzburg Summit

Qualifikationsniveau von Migrantinnen und Migranten und die hohe Steuerbelastung des Faktors Arbeit. Laut Experten wird allein in Österreich in den nächsten zehn bis zwölf Jahren eine Lücke von rund 540.000 Erwerbstätigen entstehen. „Ohne qualifizierte Zuwanderung werden wir den Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel schon alleine wegen der Demografie nicht in den Griff bekommen. Es braucht rasch eine politische Strategie und einen gesellschaftlichen Konsens, qualifizierte Arbeitskräfte aktiv anzuwerben und sie dauerhaft in Österreich zu integrieren“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

# Mit Industrie-Leitbetrieben in Richtung Zukunft

Eine neue Studie im Auftrag der Industriellenvereinigung untersucht die Rolle von Industrie-Leitbetrieben für Forschung, Technologie und Innovationen in Österreich. Diese Unternehmen stehen alleine für rund 41 Prozent der gesamten F&E-Aufwendungen Österreichs.

In einer Welt, die mit immer neuen Herausforderungen zu kämpfen hat, avancieren Forschung, Technologie und Innovationen (FTI) zu Hoffnungsträgern für eine lebenswerte Zukunft – denn egal, ob es um die Bewältigung der Twin Transition, um medizinische Lösungen für eine alternde Gesellschaft, die Eroberung des Weltraums oder das Streben Europas nach mehr Souveränität geht: Technologie und Innovation rücken überall immer stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Welche Rolle Industrie-Leitbetriebe für FTI in Österreich spielen, wurde im Rahmen einer neuen IV-Studie durch das Industrewissenschaftliche Institut (IWI) untersucht.

Leitbetriebe sind standortmobile Entscheidungszentralen internationaler Unternehmen in Österreich. Sie sind hochgradig mit anderen Akteuren am Standort vernetzt und lösen damit hohe Multiplikatoreffekte in der Volkswirtschaft aus. Die 275 bislang in Österreich identifizierten Industrie-Leitbetriebe

zeichnen damit nicht nur für rund eine Million Beschäftigungsverhältnisse und rund ein Viertel der heimischen Wertschöpfung verantwortlich; sie sind auch die Schlüsselakteure im FTI-System Österreichs. So investieren allein diese 275 Unternehmen rund 5,3 Mrd. Euro pro Jahr in F&E, was rund 41 Prozent der gesamten F&E-Aufwendungen Österreichs entspricht. Auch die Covid-Krise hat diesem hohen F&E-Engagement keinen Abbruch getan, denn selbst in den schwierigen Coronajahren haben die Leitbetriebe ihre F&E-Ausgaben weiter erhöht: um +2,7% (2020), +4,1% (2021) und +10,1% (2022). Leitbetriebe halten damit auch in stürmischen Zeiten ihren Innovationskurs; auch im Vertrauen darauf, dass die Politik diese Anstrengungen würdigt und die Weichen am Standort Richtung Zukunft stellt.

Leitbetriebe agieren aber nicht als Inseln im Innovationssystem, sondern sind hochgradig mit anderen nationalen und internationalen Akteuren vernetzt; Kooperationen

Produktion	220 Mrd. (30%)
Wertschöpfung	84 Mrd. (23%)
Beschäftigungsverhältnisse	1.008.000 (21%)
Arbeitnehmerentgelte	42 Mrd. (21%)
Arbeitnehmerinduzierte Abgaben	19 Mrd. (21%)
Investitionen	24 Mrd. (24%)
F&E-Ausgaben	5,3 Mrd. (41% gesamt bzw. 63% Unternehmenssektor)

sind der wesentliche Schlüssel zu ihrem Technologieerfolg. Drei von vier Unternehmen arbeiten intensiv mit Hochschulen zusammen, die ihre wichtigsten Kooperationspartner im F&E-Bereich darstellen – aber auch mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen (z.B. dem AIT), Startups, Zulieferern und Kunden wird kooperiert. Diese Kooperationsbeziehungen haben sich zum Teil schon in der Covid-Krise intensiviert und werden in den nächsten Jahren weiter deutlich ausgebaut werden.

Kooperationen stärken alle Partner. Sie lösen „Spillover-Effekte“ aus, wodurch technologische Fortschritte und Know-how auf andere Branchen, Akteure und Regionen übertragen werden. Um die Größenordnung der Spillover-Effekte durch Leitbetriebe abschätzen zu können, wurden ihre Kooperationsaufwendungen analysiert und mit jenen anderer Unternehmen verglichen. Die Ergebnisse beeindrucken:

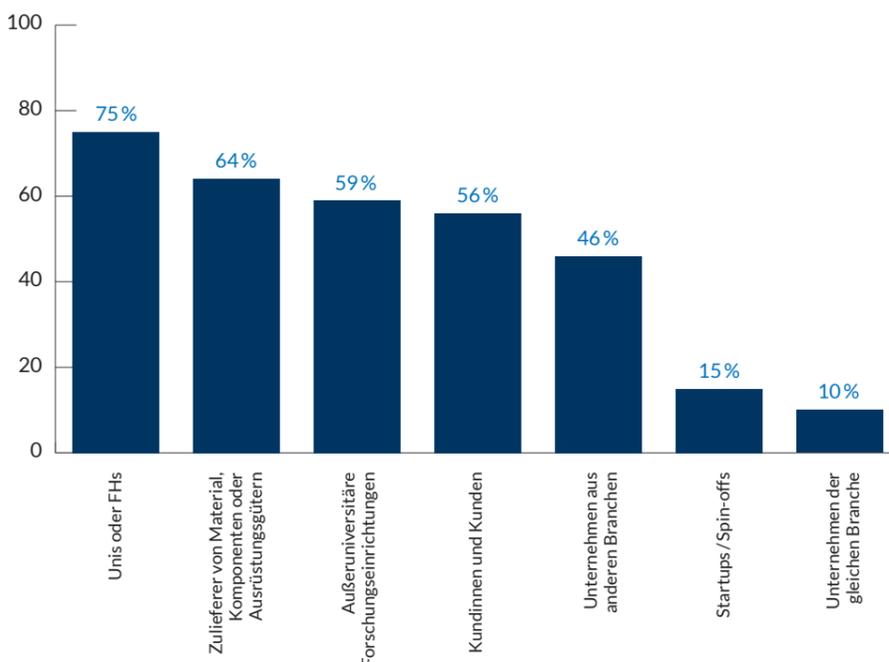
- Bei Leitbetrieben manifestieren sich sogar noch ausgeprägtere Spillover-Effekte – von jedem Euro an F&E-Ausgaben der Leitbetriebe fließen 18 Cent in Kooperationen im nicht firmeneigenen F&E-Bereich.

Damit zeigt sich nicht nur, dass durch die öffentliche Unterstützung von Unternehmens-F&E grundsätzlich das gesamte FTI-System in Österreich gestärkt wird, sondern es wird auch deutlich, dass Leitbetriebe anteilsmäßig sogar mehr F&E-Mittel für Kooperationen mit anderen Einrichtungen bereitstellen, als sie über öffentliche Förderungen erhalten. Die Politik ist gefordert, diese einzigartige Unternehmensgruppe mit ganzer Kraft bei ihrem Engagement zur Entwicklung von Zukunftslösungen zu unterstützen.

2020	+ 2,7%
2021	+ 4,1%
2022	+ 10,1%

- In Österreich wird jeder Euro firmeneigener F&E mit 17 Cent aus dem öffentlichen Sektor unterstützt (zum Beispiel durch Förderungen). Im Gegenzug stellt der Unternehmenssektor von jedem F&E-Euro rund 14 Cent für Kooperationen im nicht firmeneigenen F&E-Bereich bereit.

Partnerinnen und Partner, mit denen in den letzten drei Jahren in F&E-Projekten kooperiert wurde



## Neue MINT-Studienplätze an Fachhochschulen lindern Fachkräftemangel

Insgesamt will der Bund bis 2025/26 mehr als 1.000 zusätzliche FH-Studienplätze in den Bereichen MINT, Digitalisierung und Nachhaltigkeit finanzieren.

Der Mangel an qualifizierten Fachkräften ist in Österreich in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen besonders stark – ein Problem, das sich in den kommenden Jahren verschärfen könnte: Die heimische Industrie rechnet mit einem Plus von 55.500 neuen hoch qualifizierten Jobs im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) bis 2025 – fast 29.000 allein im IKT-Bereich. Vor diesem Hintergrund ist es eine gute Nachricht, dass mit dem aktuellen Wintersemester

350 zusätzliche MINT-Fachhochschulplätze in Österreich geschaffen wurden; der Löwenanteil der Plätze an fünf Fachhochschulen in Wien, Niederösterreich und Tirol entfällt auf den Bereich Informatik. Bildungsminister Martin Polaschek hatte Anfang Juli die Vergabe von 286 Bachelor- und 64 Master-Studienplätzen an FH Technikum Wien, FH Campus Wien, IMC Fachhochschule Krems, FH St. Pölten und MCI Innsbruck festgelegt. „Diese zusätzlichen 350 Fachhochschulplätze sind eine wichtige Initiative zur Linderung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich“,

sagt Gudrun Feucht, stv. IV-Bereichsleiterin für Bildung und Gesellschaft.

### FHs als wichtige Partner der Industrie

Die IV hat sich in den vergangenen Jahren intensiv für einen Ausbau des FH-Sektors im MINT-Bereich eingesetzt. „Die österreichischen Fachhochschulen sind eine bildungspolitische Erfolgsgeschichte und unverzichtbare Bildungsinstitutionen bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels. Sie bieten attraktive und praxis- und berufsorientierte Ausbildungsangebote, die jungen

Menschen eine ausgezeichnete Ausbildung, verbunden mit einer schnellen und hohen Beschäftigungsfähigkeit, ermöglichen. Sie sind somit ein wichtiger und starker Partner der heimischen Industrie“, so Feucht. Die 350 neuen Plätze sind Teil des Fachhochschul-Entwicklungs- und -Finanzierungsplans, der bis in zwei Jahren einen Ausbau von insgesamt zusätzlichen 1.050 bundesfinanzierten Studienplätzen für MINT, Digitalisierung und Nachhaltigkeit vorsieht. Bis 2027 will der Bund insgesamt 2.625 zusätzliche Plätze finanzieren.

# Wohin mit dem CO<sub>2</sub>? Grabt es doch ein!

Die Welt steht im (Klima-)Wandel und der ganze Planet sucht nach Lösungen. Es ist mittlerweile überall angekommen, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß einer der hauptverantwortlichen Treiber der Klimaveränderungen ist.

Den meisten CO<sub>2</sub>-Ausstoß verursachen die Sektoren Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft. Fieberhaft wird an alternativen Lösungen für den Energiesektor gesucht; mit Wind- und Solarkraftwerken sowie Wasserstoff ist man schon weit fortgeschritten, vorausgesetzt, man investiert in Infrastruktur und Weiterentwicklung. Dennoch ist es an der Zeit, sich Gedanken über die Verwendung bzw. Behandlung von CO<sub>2</sub>-Emissionen zu machen. Es mag fantastisch sein, sich eine Welt ohne schädliche Mengen an CO<sub>2</sub> zu erträumen, realitätsnah ist das jedoch (noch) nicht. Es braucht eine Lösung für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

## Ist Eingraben (technisch) die Lösung?

Eine der führenden Technologien ist Carbon Capture & Storage (CCS) oder auch Carbon Capture & Use (CCU). Als CCS werden mehrere Technologien zur Reduktion von Carbon-Emissionen durch Abscheidung (Capture) von Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) aus industriellen Prozessen und die anschließende permanente Speicherung (Storage) im geologischen Untergrund bezeichnet. Die Technologien, um CO<sub>2</sub> abzuscheiden, sind mittlerweile sehr weit fortgeschritten und ausgereift.

Im Idealfall werden die abgeschiedenen Gase über Pipelines oder den Transportweg an eine Lagerstätte verbracht, wo sie in weiterer Folge in eine Gaslagerstätte (ein Reservoir) injiziert werden. Dabei muss die Lagerstätte hohen Anforderungen – etwa, was das Gestein betrifft – entsprechen. Nach der Injektion verbleibt das CO<sub>2</sub> im Untergrund und wird dem Kreislauf entzogen. Die Speicherung als solche ist, nach Prüfung der jeweiligen Lagerstätte, mittlerweile als unbedenklich anzusehen – schließlich hat die Lagerstätte vor der CO<sub>2</sub>-Injektion z.B. Erdgas über ein paar Jahrtausende sicher gespeichert.

CCU hingegen ist die kommerzielle Nutzung des abgeschiedenen CO<sub>2</sub> etwa zur Zementherstellung oder für die Kunststoffindustrie.

## Was spricht dagegen?

Sowohl Island und Norwegen als auch die USA und Kanada setzen diese Lösung bereits um. Österreich hätte aufgrund der vorhandenen Infrastruktur (Pipelines) und geologischen Beschaffenheit der Lagerstätten nahezu ideale Voraussetzungen für CCS-Verfahren; auch beschäftigt sich die weltweit renommierte Montanuni Leoben mit der Lösung. Es ist daher – so könnte man meinen – angerichtet.

Was derzeit allerdings dagegen spricht, ist das Bundesgesetz über das Verbot der geologischen Speicherung von Kohlenstoffdioxid aus dem Jahr 2011. Laut diesem wäre die geologische Speicherung von CO<sub>2</sub> ausschließlich zu Forschungszwecken, limitiert mit 100.000 Tonnen, zulässig. Das Gesetz basiert auf der europäischen Richtlinie 2009/31/EG, in welcher es den Mitgliedstaaten freigestellt wurde zu entscheiden, ob man CCS verbieten will. Jedoch hat die Kommission bereits festgehalten, dass ein (nationales) Verbot nicht dazu führen darf, dass alle Verpflichtungen aus der Richtlinie nicht umgesetzt werden müssen. So wurde gegen Österreich ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und es verpflichtet, Bestimmungen umzusetzen, die nicht die Speicherung, sondern z.B. den (sicheren) Transport von abgeschiedenem CO<sub>2</sub> gewährleisten. Die Durchsetzung der nicht die (freigestellte) Speicherung betreffenden Bestimmungen zeigt, dass die Kommission grundsätzlich ein großes Interesse an der Umsetzung von CCS-Projekten hat.

CCU ist vom Verbot nicht umfasst und zulässig, aber mangels Wirtschaftlichkeit

noch kaum umgesetzt und nur sinnvoll, wenn die Energieversorgung aus erneuerbarem Strom stammt.

## Wollen wir CO<sub>2</sub> eingraben?

Nach dem oben zitierten (österreichischen) Gesetz musste die Bundesregierung erstmals am 31. Dezember 2018 vorlegen. Danach ist es jeweils im Fünf-Jahre-Rhythmus notwendig, einen aktuellen Bericht über die Evaluierung des Verbots unter besonderer Berücksichtigung der international gewonnenen Erfahrungen dem Nationalrat zu präsentieren. Die nächste Vorlage muss 2023 erfolgen. Wie die diesjährige Evaluierung (und Entscheidung über das Verbot) ausfallen wird, hängt leider – wie so oft in Österreich – nicht von wissenschaftlicher Evidenz ab, sondern dem politischen Willen. Aufgrund der Involvierung unterschiedlich gefärbter Ministerien ist der Konsens, so liest man, noch nicht gefunden.

Im Ergebnis ist CCS wissenschaftlich und technisch bereits sehr weit ausgereift. Österreich bietet ideale Grundvoraussetzungen für eine Umsetzung. Das Abscheiden von CO<sub>2</sub> führt zweifellos zu einem Beitrag gegen den Klimawandel – wir müssen es nur alle wollen.



## WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie auf der Website des Club1031: [www.club1031.at](http://www.club1031.at).



## Der 19. August war „Pension Overshoot Day“ ...

Das restliche Jahr werden die Pensionen vom Staat gezahlt.

Wir haben nachgerechnet: Ab dem 19. August 2023 sind alle Einnahmen für Pensionen aufgebraucht. 195 Millionen Euro pro Tag (!) muss der Fiskus dann für das Pensionssystem bis Ende des Jahres aufwenden.

Wenig überraschend sind die staatlichen Pensionsausgaben mit 26 Milliarden Euro der größte Posten im Staatsbudget. Durch den im Gesetz verankerten Automatismus steigen die Ausgaben jedes Jahr stark weiter und es bleibt immer weniger Staatsbudget für notwendige Investitionen in unsere Zukunft.

Wir müssen uns langfristig ein neues, nachhaltig finanzierbares Pensionssystem überlegen, welches sich mehr an den eigenen geleisteten Beiträgen orientiert. Kurzfristig müssen wir Anreize schaffen, um Leute länger im Beruf zu halten. Dabei wären steuerliche Erleichterungen bei Arbeit nach Erreichen des Pensionsantrittsalters sowie der Entfall der Beitragspflicht zur Pensionsversicherung ein gangbarer Weg. Ein Positivbeispiel eines anderen Systems finden wir beispielsweise in Schweden: Dort gibt es ein fixes Pensionskonto und für jeden Einzahler die Wahl zwischen unterschiedlichen Anlagefonds auf dem Kapitalmarkt. Dadurch passt sich das System automatisch an die demografischen und ökonomischen Entwicklungen an und bleibt finanziell stabil.

Wo sind die mutigen Politiker, die sich trauen, eine echte Pensionsreform anzugehen?

Julia Aichhorn,  
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie



## IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: [positionen@iv.at](mailto:positionen@iv.at)  
Homepage: [www.iv.at](http://www.iv.at), ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Händl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Aniko Benkö, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10× jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück.  
Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter [www.iv.at](http://www.iv.at).

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland/BMK/Cajetan Perwein, IV-Kärnten/Eggenberger, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ, IV-Salzburg/wildbild, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/TIWAG/Winkler, IV-Vorarlberg, IV-Wien/schreinerkastler.at

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





## Blick auf die nächsten Monate

Die Industrie in Niederösterreich steht vor schwierigen Zeiten, aber es gibt Möglichkeiten, langfristig stabile Grundlagen zu schaffen, sagt Christian Helmenstein, Chefökonom der Industriellenvereinigung (IV). Dazu sind gezielte Maßnahmen, konsequente Digitalisierung und das Erschließen aufstrebender Märkte notwendig.



Christian Helmenstein: „Aufschwung made in Austria als Ziel für die Wirtschaftspolitik, konsequente Digitalisierung und fortgesetzte Internationalisierung als zentrale Handlungsfelder in den Unternehmen.“

**B**ereits Ende 2022 gab es Anzeichen für eine erhebliche wirtschaftliche Abkühlung. Eine solche konnte durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Bewältigung der steigenden Energiepreise zunächst abgewendet werden, aber strukturelle Defizite belasten die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft weiterhin. „Vor diesem Hintergrund ist für das kommende Winterhalbjahr doch noch eine Rezession in der Industrie zu befürchten“, analysiert IV-Chefökonom Christian Helmenstein im Interview mit „iv-positionen“.

### Herausforderungen in verschiedenen Branchen

Dabei ist das Lagebild von enormen Unterschieden zwischen den Branchen geprägt. Die Produktionsvolumina in der Elektronik- und Elektrotechnikbranche und im Bereich der erneuerbaren Energieträger werden voraussichtlich weiter zunehmen, die Automobilindustrie hat nach längerer Durststrecke auf einen Erholungspfad eingeschwenkt, hingegen stehen die Papier- und Pappeindustrie, der Wohnungsneubau und damit ein Teil des Baugewerbes sowie segmentabhängig die chemische Industrie

und der Maschinenbau vor großen Herausforderungen. „Wir erwarten keine erneute ökonomische Großkrise wie seinerzeit im Gefolge der Insolvenz von Lehman Brothers mit flächendeckenden Betriebsschließungen, vielmehr wird der überwiegende Teil der Unternehmen unter erheblichen Ertragsdruck, zusätzlich zur Überbürokratisierung, geraten, was die Investitionsneigung zusätzlich belasten wird“, lautet Helmensteins Prognose.

### Chancen durch Digitalisierung und Rohstoffe

Trotz der eingetrübten Aussichten sieht der IV-Chefökonom auch positive Aspekte: Die fortschreitende Digitalisierung biete die Perspektive, wieder höhere Zuwächse bei der Arbeitsproduktivität zu erreichen. Diese sind auch unbedingt erforderlich, um die inflationsbedingt enorm hohen Lohnzuwächse der jüngsten Zeit zumindest zum Teil zu kompensieren. „Insbesondere geht es um Investitionen in die digitale Kompetenz der Beschäftigten sowie die flächendeckende Nutzung von Cloud-Infrastruktur in Österreich“, so Helmenstein. Aufgrund der derzeitigen globalen Wachstumsschwäche stehen zudem die Preise vieler Industrierohstoffe unter Druck, was zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung auf den nachfolgenden Wertschöpfungsstufen beitragen kann.

### Vorsichtiger Optimismus für 2024

Für den weiteren Konjunkturverlauf im Jahr 2024 zeigt sich Helmenstein vorsichtig optimistisch, betont jedoch, dass die Qualität der Standortpolitik eine entscheidende Rolle spielt. Der Abbau von Bürokratie, verkürzte

Anlagengenehmigungsverfahren sowie zusätzliche Investitionsanreize können einen positiven Einfluss auf die Erwartungshaltung in den Unternehmen ausüben und den Aufschwung beschleunigen: „Selten zuvor hatte es die österreichische Politik in einem so hohen Ausmaß selbst in der Hand, wie rasch und kräftig der nächste Aufschwung einsetzt, um wie viel besser also das Wirtschaftsjahr 2024 gegenüber 2023 ausfallen wird“, so Helmenstein.

### Indien als Zukunftsmarkt

Als einem der perspektivisch interessantesten Märkte für die niederösterreichische Industrie gebührt Indien ein steigendes Maß an strategischer Aufmerksamkeit: „Inzwischen rangiert die indische Volkswirtschaft nach Maßgabe ihres wirtschaftlichen Gewichts an fünfter Stelle weltweit, hinter der deutschen und bereits vor der britischen und der französischen. Dennoch erreicht Indien derzeit kaum ein Fünftel des wirtschaftlichen Gewichts Chinas. Daher ist das Land noch nicht in der Position, die USA oder China in ihrer Rolle als Weltkonjunkturmotoren abzulösen, aber die Situation ähnelt jener vor 25 Jahren, als der Take-off Chinas mit seiner verstärkten Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung einsetzte. Indiens Volkswirtschaft gewinnt als aufstrebender Akteur auf der Weltbühne mehr und mehr an Gewicht; das Land bietet enorme Potenziale für frühzeitig agierende Unternehmen“, analysiert Helmenstein. Eine verstärkte Akzentuierung des indischen Markts könnte sich somit als strategisch vorteilhaft erweisen und neue Chancen für die stark exportorientierte niederösterreichische Industrie eröffnen.

## Von China bis KI: IV-NÖ präsentiert neue Vortragsreihe

Noch mehr Power für Niederösterreichs Industrie: Die Industriellenvereinigung Niederösterreich launcht die „Power Hour“, eine erweiterte Online-Vortragsreihe mit spannenden Expertenvorträgen zu aktuellen Themen wie künstlicher Intelligenz, Lieferketten und Chinas geopolitischer Rolle.

Die IV-NÖ hat Anfang des Jahres mit den „Energie-Calls“ eine beliebte Online-Vortragsreihe für ihre Mitglieder ins Leben gerufen – aus dieser Initiative entsteht nun die „Power Hour“, die nicht nur den Themenbereich Energie im Fokus hat, sondern auch informative Impulse zu anderen aktuellen und innovativen Themen bietet, die für die Industrie relevant sind. Von KI (künstliche Intelligenz) bis zur Lieferkette, vom Green Deal bis China wird ein breites Spektrum an Inhalten abgedeckt.

Die Geschäftsführerin der IV-NÖ, Michaela Roither, erklärt: „Das Ziel der neuen ‚Power Hour‘ besteht darin, unsere Mitglieder auf alternative Technologien, aufregende Innovationen und aktuelle Entwicklungen aufmerksam zu machen und einen Diskurs ins Leben zu rufen.“ Das kompakte Onlineformat per Videokonferenz eignet sich ideal dafür; nach dem Vortrag gibt es immer die Möglichkeit, den Experten direkt Fragen zu stellen und ins Gespräch zu kommen.

### Vortrag über China

Im Frühsommer fand bereits ein erster Testlauf der „Power Hour“ mit China-Expertin Verena Nowotny statt, die viele Jahre als Sprecherin der österreichischen Bundesregierung tätig war. Inzwischen berät sie Unternehmen aus Österreich und Deutschland in Bezug auf ihre Aktivitäten in China sowie chinesische Unternehmen in Österreich.

Nowotny betonte während ihres Vortrags: „Geopolitik wird immer relevanter, ob wir es wollen oder nicht. Und das gilt vor allem auch für Unternehmen.“ Egal ob es um den Brexit, die Coronapandemie oder den Krieg in der Ukraine geht, Geopolitik ist zu einem Risikofaktor geworden. Laut der Expertin wird dieser Faktor in Europa noch zu sehr unter-

schätzt, insbesondere die bedeutende Rolle, die China bereits jetzt geopolitisch spielt und die in Zukunft noch größer werden wird.

Zusammenfassend beruht der chinesische Erfolg Nowotny zufolge auf mehreren Faktoren: China denke strategisch weit in die Zukunft, vernetze sich international mit dem Projekt der Neuen Seidenstraße und gebe der digitalen Forschung und Entwicklung viel Raum. Darüber hinaus habe die chinesische Bevölkerung großes Vertrauen in ihre politische Führung. Neben der Präsentation lieferte die China-Expertin viele Literaturanregungen und konkrete Tipps für Unternehmen, die in China aktiv werden oder ihre bestehenden Geschäftsbeziehungen mit chinesischen

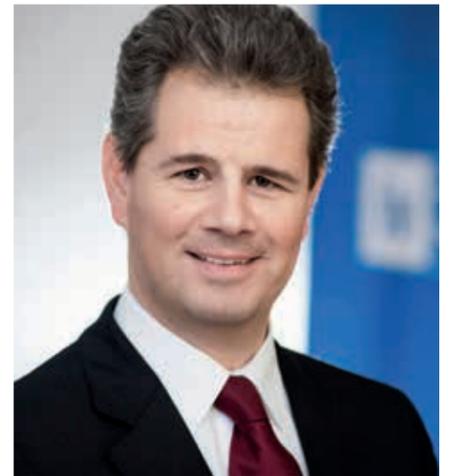
Partnern verbessern wollen. IV-NÖ-Geschäftsführerin Michaela Roither freute sich über den spannenden Einblick in das Innenleben Chinas, den Verena Nowotnys Vortrag bot, und betrachtet die Veranstaltung als idealen Start für die neue Veranstaltungsreihe.

### KI im Fokus

Demnächst wird in der „Power Hour“ ein besonderer Fokus auf das Thema künstliche Intelligenz gelegt. Die Veranstaltungen finden immer in der Früh bzw. am frühen Vormittag unter der Woche statt und können bequem online besucht werden. Sie bieten somit einen energiegeladenen Start in den Arbeitstag mit vielen Anregungen und Power für die unternehmerische Tätigkeit.



Der Themenfokus im Herbst wird auf künstlicher Intelligenz liegen.



## Herbstlohnrunde

In den vergangenen Jahren gewann die Debatte um die Herbstlohnrunde an Bedeutung. Die KV-Verhandlungen sind bei den Kollektivvertragspartnern gut aufgehoben, doch uns muss bewusst sein, dass wir in einem schwierigen Umfeld agieren, in dem wir uns nicht alles leisten können. Daher ist es wichtig, langfristige Perspektiven zu berücksichtigen.

Österreichs Inflation als Grundlage für KV-Verhandlungen liegt bereits über dem EU-Schnitt. Prognosen sagen, dass Österreich 2024 zu den Top-3-Staaten der Eurozone mit der höchsten Inflationsrate gehören wird. Wenn Löhne also weiterhin entsprechend der Inflation angehoben werden, sind die Abschlüsse höher als in anderen EU-Staaten.

In unserer globalisierten Welt müssen heimische Unternehmen mit ausländischen Mitbewerbern konkurrieren, die dank niedrigerer Lohnabschlüsse niedrigere Kosten und Preise haben.

Es ist mir wichtig zu unterstreichen, dass eine angemessene Entlohnung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von großer Bedeutung ist. Die Herausforderung besteht jedoch darin, ein Gleichgewicht zu finden, das sowohl den Interessen der Mitarbeitenden als auch der Wirtschaft gerecht wird. Wenn wir uns in Österreich mit den Löhnen noch weiter von anderen europäischen Ländern wegkatapultieren, dann wird es hier immer schwieriger, die Industrie in unserem Land zu behalten.

Statt nur über kurzfristige Lohnsteigerungen zu reden, könnten bestehende Modelle genutzt werden – ich denke an die steuerfreien Prämien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Außerdem tut der Staat sehr viel für die Menschen; Energiekostenunterstützung, Wohnzuschüsse, CO<sub>2</sub>-Ausgleich. Daher erscheint es nicht angemessen, in Lohnverhandlungen eine pauschale Abgeltung der gestiegenen Inflation zu fordern.

Um eine nachhaltige und stabile Wirtschaft in Österreich und in Niederösterreich zu fördern, ist es daher entscheidend, einen ausgewogenen Ansatz zu finden, der die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt. Nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir die Herausforderungen der Zeit bewältigen und eine prosperierende Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gestalten.

Ihr

Thomas Salzer,  
Präsident der IV-Niederösterreich

## Zehn Jahre Junge Industrie: Wir sagen Danke!

Matthias Unger ist seit 2012 Mitglied der JI-NÖ/Bgld. und seit 2013 Vorstandsmitglied. Er leitete als Vorsitzender der Landesgruppe von 2013 bis 2020 die JI-NÖ/Bgld. und war von 2020 bis 2023 Vorsitzender der Bundes-JI. Nachdem er die Altersgrenze der JI überschritten hat, war eine große Gruppe Mitglieder am 1. September im Familienbetrieb Unger Steel Group in Oberwart im Burgenland zu Besuch und überreichte Unger ein kleines Abschiedsgeschenk von der JI-NÖ/Bgld. und der Bundes-JI für sein Büro. Seit letztem Jahr ist Matthias Unger Vizepräsident der IV-Burgenland. Noch einmal ein großes DANKE für deine Zeit, deine guten Ideen und dein Engagement!



Die Co-Vorsitzenden der JI-NÖ/Bgld., Steven Blaha und Christina Glocknitzer, mit Matthias Unger.



# „Jede Krise birgt die Chance, sich zu verbessern“

Ernst Gruber, Geschäftsführer von Axalta Coating Systems, über das schwierige Geschäftsumfeld mit stark gestiegenen Kosten, Kundenverlusten aufgrund der Russland-Krise und der deutschen Rezession. Er berichtet auch über die Auswirkungen auf den Standort Guntramsdorf und seine strategischen Ansätze, um diese Herausforderungen zu bewältigen.



Die Trendfarbe 2023: Techno-Blue.

## Herr Gruber, wie läuft das Geschäft?

Ernst Gruber: Das Geschäft ist generell sehr schwierig. Wir hatten stark mit steigenden Rohstoffpreisen zu kämpfen; die Preise sind nun im Sinken, allerdings fallen sie nicht auf das Niveau wie vor der Russland-Krise. Wir sind außerdem mit massiv gestiegenen Energiepreisen konfrontiert – momentan zahlen wir im Vergleich zu den Jahren davor das Drei- bis Vierfache.

Die Russland-Krise und die damit verbundenen Sanktionen haben uns rund zehn Prozent unseres Geschäfts gekostet, und die deutsche Rezession beeinflusst uns als exportorientiertes Unternehmen stark. Unsere Exportrate beträgt 70 Prozent und unser Hauptmarkt ist Deutschland – das heißt, wenn Deutschland schwächelt, dann schwächeln wir auch.

Zusätzlich haben auch die im Vergleich zu anderen europäischen Staaten hohe Inflation und die Lohn- und Gehaltserhöhungen

in Österreich unsere Wettbewerbsfähigkeit stark beeinträchtigt. Wir mussten Preiserhöhungen durchführen, und nur zum Teil konnten wir die höheren Kosten eins zu eins weitergeben. Das hatte auch zur Folge, dass wir Kunden verloren haben.

## Hat diese Situation Auswirkungen auf den Standort Guntramsdorf?

Der Standort Guntramsdorf hat bereits Auswirkungen gespürt, da die Produktionsmenge rückläufig ist und der Ertrag massiv gesunken ist. Dadurch mussten wir Kosten und Personal reduzieren, um wieder konkurrenzfähig zu werden.

## Wie bewerten Sie insgesamt die Situation in Ihrem Sektor?

Die Situation ist für alle Lackhersteller ähnlich. Global gesehen haben wir als Europäer sicherlich an Konkurrenzfähigkeit verloren, und innerhalb von Europa haben wir als Österreicher gegenüber anderen Staaten verloren, die die Krise besser gemeistert ha-

ben oder zum Teil nicht diese hohen Zusatzkosten wie wir hatten – angefangen bei den hohen Energiepreisen aufgrund unserer Gasabhängigkeit bis zu den hohen Lohn- und Gehaltserhöhungen.

## Es sind schwierige Zeiten und große Herausforderungen ...

Ja, aber jede Krise und jedes Problem birgt natürlich die Chance, sich zu verbessern, und das müssen wir. Unsere Hauptthemen sind daher in diesem Jahr und wohl auch 2024 Produktivitätsverbesserungen, die bessere Nutzung unserer Kapazitäten und die Kompensation dieser zusätzlichen Kosten, mit denen wir zu kämpfen haben.

## Wie gefährlich ist die Konkurrenz aus dem asiatischen Raum?

Die Konkurrenz aus Asien ist nicht unser Hauptproblem – innerhalb Europas gibt es derzeit einen intensiven Konkurrenzkampf im Lacksektor. Es gibt schon länger den Trend, dass die Großen die Klei-

nen schlucken – und es wird weitere Akquisitionen geben.

## Wo sehen Sie Marktchancen?

Wir wollen uns verstärkt dem osteuropäischen Markt zuwenden und dort Wachstum generieren. Hier sind wir mit dem Standort in Guntramsdorf weit besser positioniert als unsere Konkurrenten weiter westlich – ob das jetzt Deutschland, Frankreich oder die Benelux-Staaten sind. Zudem bieten die Trends zu umweltfreundlicheren Lacken und funktionalen Beschichtungen Chancen für unser Unternehmen.

## Wenn Sie drei grundlegende Dinge am Industriestandort Niederösterreich ändern könnten, was würden Sie tun?

Die Bürokratie reduzieren und den administrativen Aufwand beziehungsweise die Behördengänge nicht nur verkürzen, sondern auch beschleunigen. Wir warten oft sehr lange auf Genehmigungen.

Punkt zwei, Thema Fachkräftemangel: Die derzeitige Rot-Weiß-Rot-Card ist nur bedingt hilfreich, da sie zeitlich begrenzt ist. Dadurch haben wir im Vergleich zu anderen Ländern, in denen es keine befristeten Arbeitsgenehmigungen gibt, einen erheblichen Nachteil.

Darüber hinaus sollten wir uns in Niederösterreich mit wichtigeren Themen beschäftigen als beispielsweise den Vorschriften für österreichische Speisen in Gasthäusern und Restaurants – diese Angelegenheiten sind eine Verschwendung von Kapazitäten. Stattdessen sollten wir uns auf die Zukunft konzentrieren, insbesondere auf den leichteren Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften.

## ZUM UNTERNEHMEN

Axalta Coating Systems ist ein weltweit führender Anbieter innovativer industrieller Flüssig- und Pulverlacke. Die Geschichte des Unternehmens reicht bis in das Jahr 1866 zurück. Seitdem hat sich Axalta zu einer treibenden Kraft in der Branche entwickelt und bietet mit mehr als 13.000 Mitarbeitern seinen mehr als 100.000 Kunden in 130 Ländern Hochleistungslacke, Anwendungssysteme und Lacktechnologien für Automobil-, Industrie- und Architekturwendungen. Am Standort in Guntramsdorf sind rund 270 Mitarbeiter beschäftigt.

Hier geht es zur Langversion des Interviews:

